

# Ost und West fair vereinigen

Stefan Hartmann (Parteivorstand DIE LINKE, stellvertretender Landesvorsitzender DIE LINKE.Sachsen)

Es müsse ‚endlich Schluss sein mit der Unterscheidung zwischen Ost und West in der Partei‘ ist nicht erst seit dem Göttinger Parteitag eine häufig in der LINKEN zu hörende Forderung. Die Klassifikation von Politikvorstellungen nach Ost und West sei eine „verkürzende interne Identitätskonstruktion“ und die politischen Differenzen in der Partei bloße „Funktionärsauseinandersetzungen“, die an diese anschließen.<sup>i</sup>

Die Belege für die zunehmende Distanz in der LINKEN zur innerparteilichen Ost/West-Differenz lassen sich in beliebiger Zahl anführen. Und in der Tat ist ohne allzu tiefe Forschungsarbeit zu Recht annehmbar, das sich Ostdeutsche von Westdeutschen so sehr voneinander unterscheiden, wie von Menschen aus Frankreich, Vietnam oder Äthiopien – in ihrem Menschsein nämlich gar nicht. Ebenso wenig haben wir es mit homogenen Massen zu tun, die monolithisch hinter den jeweiligen Amts- oder MandatsträgerInnen der jeweiligen Region stehen würden, auch dies ist weder in der LINKEN noch in der Gesellschaft der neuen bzw. alten Bundesländer der Fall.

In der zeitgeschichtlichen Erinnerung finden wir den zwangsgetopften Ostdeutschen, der vor Autoritätshörigkeit gar nicht mehr geradeaus gehen kann<sup>ii</sup> und den besserwissenden westdeutschen „Besserwessi“, der auf einer Überlegenheitswolke durch das Land schwebt<sup>iii</sup>. Selbst das, was vielleicht vom Ansatz her analytisch gemeint war oder als Volksmund ein tatsächliches Unbehagen widerspiegelte, hat inzwischen den Charakter verallgemeinernder Vorurteile oder gar diskriminierender Aussagen angenommen. Dieser Unsinn nervt. Und nicht nur das, er ist auch schädlich. In einer linken Partei dürfen Diskriminierungen und Vorurteile nur dahingehend eine Rolle spielen, dass sie aufgedeckt, analysiert und im besten Falle überwunden werden. Aber als Grundlage für Politik sind sie kontraproduktiv, gegenaufklärerisch und antiemanzipatorisch. Soweit, so klar.

## Grundlage linker Politik

Für uns Linke steht vielmehr die Aufgabe, immer wieder und immer wieder neu die tatsächlichen Verhältnisse zu reflektieren, zu analysieren und hinsichtlich der vorhandenen Veränderungsmöglichkeiten<sup>iv</sup> Politik zu gestalten. Dies gilt vollkommen selbstverständlich für unsere Angebote an WählerInnen, AktivistInnen, PartnerInnen usw. Aber es gilt ebenso, und darum soll es hier gehen, für die Gestaltung der inneren Verhältnisse unserer Partei. Diese ausgehend von Vorurteilen zu gestalten wäre genauso falsch, wie ausgehend von Selbstverständlichkeiten, die der Überprüfung nicht standhalten.

Nun liegt es auf der Hand, dass Unterschiede zwischen Ost und West ohne weiteres zu finden sein werden, wie die zwischen Nord und Süd, Bremen und Bayern oder Thüringen und Sachsen. Diese zu benennen und daraus einen Konflikt oder repräsentative Ansprüche zu behaupten, wäre in der Tat unsinnig.<sup>v</sup> Vielmehr verstehen wir die Unterschiedlichkeit und die Vielfalt der Möglichkeiten, sein eigenes Leben zu gestalten, als wichtige Leitorientierung unseres Handelns. Die Forderung nach Gleichheit unterscheidet sich grundsätzlich von Gleichmacherei!<sup>vi</sup> Zugleich aber ist ebenso klar, dass der Kampf gegen eine Reihe von Ungleichheiten grundlegend für unser gesamtes politi-

ches Handeln ist. Zu nennen wären z.B. die soziale und ökonomische Stellung in der Gesellschaft, der Zugriff auf die gesamtgesellschaftlich produzierten Ressourcen, die damit verbundenen Bildungsmöglichkeiten usw.

Die im Zusammenhang mit dem Göttinger Parteitag, aber ebenso bereits mit dem Rostocker Parteitag wieder aufgeworfene und auch öffentlich diskutierte Ost-West-Frage muss also ernsthaft dahingehend geprüft werden, ob sie nur auf fahrlässigen Vorurteilen basiert oder einen relevanten gesellschaftlichen Hintergrund hat. Dann werden wir sie entweder ad acta legen oder sie sinnvoll in unsere politische Arbeit aufnehmen.

Diese Aufgabe klingt hinlänglich banal. Das ist sie allerdings nicht, denn sie ist unmittelbar angesiedelt im Bereich des Verhältnisses von (gesellschaftlichem) Sein und (politischem) Bewusstsein. Darüber haben Philosophen, insbesondere marxistische, intensiv gestritten.<sup>vii</sup> An dieser Stelle eine philosophische Debatte zu führen, wäre jedoch verfehlt, allerdings sollte in einer linken Debatte auf diesen Hinweis nicht verzichtet werden. Der Kürze halber sei also hier verwiesen auf Karl Marx und Friedrich Engels These vom gesellschaftlichen Sein, welches das Bewusstsein bestimmt.<sup>viii</sup>

### **Soziale und ökonomische Differenzen**

Die Annäherung an Ost-West-Frage bedarf daher zuerst einer sozial-ökonomischen Grundlegung. Sehr einfach kann für die neuen als auch alten Bundesländer übereinstimmend festgestellt werden, dass die Verhältnisse als kapitalistische, darüber hinaus in dessen neoliberaler Variante, gekennzeichnet sind.

Die Übereinstimmung endet jedoch in der Klassifizierung, die Unterschiede werden bei genauem Hinsehen sehr deutlich. Deshalb eine Reihe von sozialökonomischen Fakten, die beliebig verlängert werden kann. Sicher sind diese für die meisten weder neu noch überraschend. Zugleich würde eine Auswahl einzelner Regionen auch zeigen, dass der Westen nicht das Land ist, in dem für alle Milch und Honig fließen, sondern die Unterschiede erheblich sind. Allerdings ergeben die folgenden Zahlen ein sehr eindeutiges Bild.

Im Juli 2012 wurde in Ostdeutschland eine Arbeitslosenquote von 10,3 % gemeldet, in den alten Bundesländern eine Quote von 5,9 %.<sup>ix</sup> In der Frage der Höhe der Gehälter kehrt sich der ostdeutsche „Vorsprung“ um: „Insgesamt fallen die effektiven Bruttoverdienste daher im Osten um 17 Prozent niedriger aus als im Westen.“<sup>x</sup> Wie sieht es im Bereich der Rente aus? „Der Rückgang der Anwartschaften ist bei Männern in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt: Während Männer in den alten Bundesländern und Frauen insgesamt zumindest bis 1998 konstante bzw. steigende Entgeltpunkte verzeichneten, sind die Rentenansprüche der Männer in den neuen Bundesländern seit 1993 gesunken.“<sup>xi</sup> Darüber hinaus, als logische Konsequenz der Einkommenssituation in den letzten zwanzig Jahren gilt folgendes: „Der Anteil der von Abschlagen betroffenen Neurentner steigt im Untersuchungszeitraum insbesondere in den neuen Bundesländern tendenziell an. Rund 60% der Neurentner bzw. fast 80% der Neurentnerinnen in Ostdeutschland sind im Jahr 2008 von rentenmindernden Abschlagen betroffen; in den alten Bundesländern sind es rund 40%.“<sup>xii</sup> Etwas anders ist dies bei den Mieten. Hier ist es so, dass zwischen 1996 und 2006 eine Angleichung stattgefunden hat. Im Westen werden 27,9 %, im Osten 26,9% des Haushaltsnettoeinkommens für Miete

ausgegeben.<sup>xiii</sup> Die Zeit der *relativ* geringen Mieten im Osten ist vorbei.

Die Vergleiche zwischen Ost und West können beliebig weiter fortgesetzt werden. Dies insbesondere im Bereich der volkswirtschaftlichen Daten, der öffentlichen Finanzen oder der entsprechenden demographischen Entwicklung. Das durch diese vier Beispiele gegebene Bild wird nur noch weiter verstärkt<sup>xiv</sup>. Die benennbaren Ausnahmen sind sehr dünn gesät. Auch ein eventuell vermutbarer Angleichungsprozess im Bereich der sozialökonomischen Fakten lässt sich kaum feststellen, lediglich das Wohnen kann benannt werden als einer „der wenigen Lebensbereiche, in dem sowohl hinsichtlich objektiver wie subjektiver wohnrelevanter Indikatoren in Ostdeutschland eine nahezu vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in den letzten 20 Jahren an westdeutsche Vergleichswerte erfolgte.“<sup>xv</sup>

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht hier nicht um eine Neiddebatte, es geht nicht ums Jammern und es geht erst Recht nicht um eine Spaltung zwischen den vom neoliberalen Kapitalismus immer stärker ausgebeuteten Menschen in Ost und West. Vielmehr soll gezeigt werden, dass die gesellschaftliche Situation im Osten seit zwanzig Jahren insgesamt deutlich zugespitzter ist und dies auch absehbar nicht besser wird. Zu sagen, was ist, sollte auch in der LINKEN angemessen sein. Reale gesellschaftliche Probleme müssen ausgesprochen werden, sie zu verschweigen oder zu ignorieren wäre einer LINKEN unwürdig. Nicht zuletzt deshalb, weil es die Situation der von diesen Problemen betroffenen Menschen ungemein verschlechtert, denn es würde sie unsichtbar machen, vielleicht sogar mundtot!

Die hier auf Grund der überdeutlichen Sichtbarkeit nur angedeutete Faktenlage ermöglicht die Aussage, dass die neuen Bundesländer nun seit zwei Jahrzehnten unter Bedingungen existieren, die einer sozialen und ökonomischen Dauerkrisensituation gleichkommen. Eine Reaktion in Form einer verstärkten gesellschaftspolitischen (Selbst-)Organisation ist nicht feststellbar, es findet eher das Gegenteil statt. Zum Beispiel sank Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern unter den Beschäftigten im Osten deutlich stärker als im Westen. Noch 1992 waren fast 40% der ostdeutschen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und damit 11% mehr als in den alten Bundesländern. Anderthalb Jahrzehnte später hat sich diese Zahl mehr als halbiert und liegt mit 19,2% nur noch ein Prozent über den westdeutschen Werten.<sup>xvi</sup>

Allerdings ist dennoch ein Reagieren auf die ostdeutsche Dauerkrisensituation feststellbar, die erhebliche Auswirkungen nach sich zieht: die Abstimmung mit den Füßen, also die Abwanderung aus den sozial-ökonomisch benachteiligten Gebieten. Seit 1990 ist der Wanderungssaldo Ost-West für die neuen Bundesländer im negativen Bereich. Ca. 60% der Abwandernden sind jünger als 30, die Mehrheit ist weiblich.<sup>xvii</sup> An dieser allgemeinen Tendenz ändert sich nahezu nichts durch die wenigen „Zuwanderungsinseln“ im Osten.

## **Wertvorstellungen**

Selbstverständlich ist eine Statistik keine „objektive“ Widerspiegelung der Wirklichkeit. Nicht nur die Interpretation, sondern auch schon die Erstellung entsprechender Datensätze erfolgt unter einem spezifischen Blickwinkel, der die Ergebnisse prägt. Besonders schwierig wird dieses Problem, wenn es nicht mehr um ökonomische oder soziale Da-

ten geht. Z.B. Befragungen zu Wertvorstellungen reflektieren nur selten die verschiedenen Interpretationen des Nachgefragten.

Dies vorausgesetzt ist dennoch die folgende Frage von Interesse: Ist „der Sozialismus im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde?“<sup>xxviii</sup> Zwischen 1991 und 2006 stimmen, mit nur leicht sinkender Tendenz, dieser Frage im Osten im Schnitt 76% zu, im Westen, mit leicht steigender Tendenz, immerhin durchschnittlich 45 %. Das spannende daran liegt auf der Hand: Welche Sozialismusinterpretation auch immer bei den Befragten vorliegt, als das medial oder politisch behauptete Monstrum wirkt „Sozialismus“ nicht. Zugleich ist aber eine Ost-West-Differenz zu erkennen, die erheblich ist. Insbesondere unter Beachtung der Tatsache, dass ein großer Teil der Menschen im Osten den „real existierenden Sozialismus“<sup>xxix</sup> unmittelbar oder aus Berichten nahe stehender Menschen erfahren hat, ist dies für demokratisch sozialistische Politik von Bedeutung. Die Diffamierung aktueller, sich selbstverständlich von „realsozialistischer“ deutlich unterscheidender linker Politik mittels des SED-Vorwurfs usw. wirkt anscheinend wenigstens nicht vollständig.

Da es an dieser Stelle nicht darum geht, weiter an der Konstruktion von „Wessi“ und „Ossi“ zu arbeiten und durch eine endlose Aneinanderreihung von Beispielen der Differenz den Eindruck zu erwecken, dass es sich um verschiedene „Ethnien“ oder ähnlichen Unsinn handelt, sei nur noch mal verwiesen auf die leicht nachzulesenden sowohl zahlreichen als auch umfänglichen Erhebungen und Studien auf diesem Gebiet.<sup>xx</sup>

Allerdings gibt es für die feststellbaren Unterschiede eine materielle Basis, die unter anderem darin besteht, dass DDR und BRD über vierzig Jahre grundsätzlich verschiedene Gesellschaftsmodelle hatten. Die propagandistische Unwahrheit, das soziale, kulturelle, ökonomische, politische usw. Differenzen ethnisch/national nivelliert werden könnten, ist nun seit vielen Jahrzehnten als außerordentlich gefährlich erkannt. Schon Kaiser Wilhelm II. kannte seit 1914 nur noch Deutsche und forderte „die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und ... (ihm)... das in die Hand zu geloben“<sup>xxxi</sup>

Ein vereinfachter Bezug auf die „Klassenfrage“ in der Beurteilung vorhandener Unterschiede wäre jedoch ebenso wenig ausreichend. Denn insbesondere diejenigen, die in einer kapitalistischen Gesellschaft am stärksten deren negative Auswirkungen zu ertragen haben, werden in der Tendenz am wenigsten mit dieser zufrieden sein. In vielerlei Hinsicht sind also diese Gruppen wichtig für linke Politik. Dafür muss aber zuallererst garantiert sein, dass deren wirkliche Lebenssituation, deren Ziele und Vorstellungen auch wahrgenommen werden und nicht hinter schlechten Abstraktionen verschwinden. Zumal es neben der LINKEN auch andere politische Parteien gibt, die sich Hoffnung auf die Unterstützung durch diese gesellschaftliche Gruppen machen.

## **Identität und Diskriminierung**

Für die politische Artikulation der oben beschriebenen sozial-ökonomischen Probleme, die auf jeder Landkarte als drastische ost-westliche Farbunterschiede sichtbar werden, ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, ob und in welcher Art und Weise sich die Betroffenen damit identifizieren. Die Differenz zwischen der gesellschaftlich gegebenen Stellung von Menschen und deren Bewusstsein ist hinlänglich aus der Fragestellung nach der „Klasse an sich“ und „der Klasse für sich“ bekannt.

Die (wissenschaftliche) Literatur zum Thema „ostdeutsche Identität“ ist außerordentlich

umfangreich. Wesentlich ist an dieser Stelle, inwieweit von einer ostdeutschen kollektiven Identität als „Selbstbildnisse, die die Mitglieder einer Gruppe oder eines Gebiets von sich selbst entworfen haben.“<sup>xxii</sup> ausgegangen werden kann. Für die in der DDR sozialisierten Menschen kann angenommen werden, dass es diese Identität gibt, insbesondere wenn man Dietrich Mühlberg darin folgt, dass die Zweistaatlichkeit „zwei deutsche Kulturen“<sup>xxiii</sup> erzeugt hat. Raj Kollmorgen formuliert weitergehend: „Zusammenfassend lässt sich von einer *ostdeutschen Gegenlogik* sprechen, die die dominierende exogene Top-down-Strategie fortschreitend *endogen* und *von unten* gebrochen, ergänzt und reformiert hat. Ihre Bedeutung ist seit Mitte der 1990er Jahre – nicht zuletzt im Kontext der Konsolidierung der neuen Länder und ihrer politischen und Zivilgesellschaften – deutlich gewachsen.“<sup>xxiv</sup> Für die vor uns liegende Zeit wird es von erheblicher Bedeutung sein, inwieweit der sogenannten „3. Generation Ost“ und den ggf. darauf folgenden Generationen gelingt, was Johannes Staemmler in Bezug auf die Dauerhaftigkeit ostdeutscher Identität formuliert: „Wir wollen genau das Gegenteil: dass dieses Ost-West-Ding endlich aufhört, weil man wirklich miteinander ins Gespräch gekommen ist. Damit das passieren kann, muss man den Osten stärken, den Begriff von seinen vielen negativen Assoziationen befreien. Deshalb kämpfen wir um Begriffe und Interpretationen.“<sup>xxv</sup>

Die von Staemmler geforderte „Stärkung des Ostens“ ist allerdings keine ganz einfache Sache. Weder ökonomisch und sozial noch biographisch. Insbesondere durch das Thema des Zugangs zu gesellschaftlichen Spitzenpositionen wird die Fortdauer einer Diskriminierungssituation von Menschen mit ostdeutschem Geburtsort und Biographie deutlich. Dieser Zustand wird für den Bereich der Wissenschaft unverkennbar in den Worten des Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Pirmin Stekeler-Weithofer: „Die Regel ist, dass ostdeutsche Kollegen in Westdeutschland bei westdeutschen Bewerbungen kaum oder null Chancen haben und in Ostdeutschland wenig. Selbst wenn sie an erster Stelle einer Berufungsliste sind, kann es dann sein, dass jemand interveniert und sagt, das jemand aus Ostdeutschland wollen wir nicht.“ Raj Kollmorgen fasst dieses Problem zusammen: "Wo es deutliche soziale Ungleichheiten gibt, ist der Bereich der Aufstiegschancen in unserer Gesellschaft, in der Besetzung von Elitepositionen. Hier sind die Ostdeutschen tatsächlich weiter Bürger zweiter Klasse. Ostdeutsche machen rund 18 Prozent der deutschen Bevölkerung aus, aber nur etwa 7,5 Prozent der deutschen Elite. ... Beispiel: Wirtschaft. Kein einziges DAX-Unternehmen wird von einem Ostdeutschen geführt. Nur selten findet sich überhaupt einer im Vorstand. ... Beispiel Wissenschaft. Von bundesweit 88 Hochschulrektoren sind nur drei aus Ostdeutschland. Und bei normalen Professoren ist das Verhältnis nicht viel besser.“<sup>xxvi</sup> Diese Fakten lassen sich umfänglich weiter aufzählen. Und genau diese soziale Wirklichkeit spricht gegen die an Hand der Spitzenfunktionen von Merkel und Gauck aufgestellte kühne These, „das Ende des Ossi“<sup>xxvii</sup> sei eingetreten. Genauso wenig die Kanzlerschaft von Merkel die Diskriminierung von Frauen oder Obamas Präsidentschaft die Rassendiskriminierung in den USA beseitigt hat, widerlegen einzelne Aufsteiger eine gesellschaftliche Erscheinung. Insbesondere DIE LINKE sollte an dieser Stelle der Versuchung widerstehen, von den sozialen Zusammenhängen abzusehen und der Lösung, jeder sei seines Glückes Schmied, aufzusitzen.

## Partei

Nach 1989 verlor die SED-PDS, später die PDS nach vierzig Jahren Regierungsbeteiligung von ihren weit über zwei Millionen Mitgliedern den allergrößten Teil, ca. 100 000 blieben nach den verschiedenen Austrittswellen noch übrig. Das baldige Verschwinden der PDS als relevanter Teil der politischen Landschaft wurde umfassend behauptet, bewiesen, befördert und herbeigesehnt. Selbst über zehn Jahre später (2002) wurde insbesondere medial<sup>xxviii</sup> aber auch von Politikern anderer Parteien<sup>xxix</sup> die PDS als politischer Zombie behandelt.

In der Realität fand aber anderes statt. Die Mitglieder der PDS arbeiteten auf allen politischen Ebenen und qualifizierten über viele Jahre ihre Angebote an die BürgerInnen. Die Anfang der 90-er Jahre recht schwächlichen Wahlergebnisse<sup>xxx</sup> wurden Schritt für Schritt ausgebaut, Rückschläge aufgearbeitet und die Ergebnisse genutzt. Bis zur Bundestagswahl 2005 konnten so Erfahrungen gewonnen werden. Parlamentarisch umfasste diese alle Arten politischer Verantwortung, also Opposition, Tolerieren, Regieren. Im Bereich der Verwaltung der kommunalen Ebene wurden Oberbürgermeister, Dezerenten und mehr gestellt. Aber auch außerparlamentarisch war die PDS keinesfalls unerfahren, vielmehr wurden immer wieder und natürlich mit wechselndem Erfolg Kampagnen, Bürgerbegehren, Demonstrationen, partnerschaftliches Zusammenwirken usw. organisiert und betrieben.

Zugleich war die PDS niemals eine monolithische Partei. Der Umgang mit politischer Verschiedenheit wurde, oft mühsam, zu einer Selbstverständlichkeit.

Die Geschichte der PDS so zu erzählen, dass eine heroische Legende des ständigen Gipfelstürmens entsteht, wäre vollkommen unsinnig. Das Scheitern im Bestreben darin, im Westen wenigstens ansatzweise gesellschaftlich ähnliche Bedeutung zu erlangen bleibt trotz der harten Arbeit der GenossInnen in den alten Bundesländern zu konstatieren und auch im Osten ist die Frage der dauerhaften gesellschaftlichen Verankerung nicht endgültig beantwortet.

Wie auch immer aber die einzelnen Etappen, Erfolge und Misserfolge bewertet werden, es bleiben prägende politische Erfahrungen, die auch für die Gegenwart unserer neuen Partei wesentlich sind. Sie sind Ausfluss politischer Praxis und gesellschaftlicher Verhältnisse und sie sind legitim. Darüber hinaus sind sie dort entstanden, wo unsere Partei die stärkste Resonanz in der Bevölkerung erhält.

Insbesondere die gesellschaftliche Verankerung der LINKEN in den neuen Bundesländern sollte als unverzichtbare Stärke unserer Partei bewertet werden. Neben der konkreten und vielfältigen politischen Arbeit ist es die Tradierung der PDS-Herkunft der LINKEN, die uns eine besondere Kompetenz bei der Vertretung von Ost-Interessen in der öffentlichen Wahrnehmung erhalten hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass dies so bleibt. Jede Stärke muss andauernd erkämpft werden und Schwächen verschwinden nicht durch Abwarten. Bis heute ist aber auch kein neues „Erfolgsrezept“ sichtbar geworden, wie eine demokratisch-sozialistische Partei dauerhaft erfolgreich sein kann. Daher wäre es keine sehr schlaue Sache, das alte Rezept wegzuworfen.

## Abschluss

DIE LINKE ist eine neue Partei. Erst mit ihrem Entstehen existiert wieder eine gesamtgesellschaftlich relevante linke politische Kraft. Daran haben alle Mitglieder in gleichem Maße ihren Anteil.

Die wichtigste Voraussetzung für den weiteren erfolgreichen Aufbau unserer Partei und damit für die Durchsetzung unserer politischen Ziele besteht darin, dass wir die gesellschaftlichen Verhältnisse soweit es möglich ist korrekt analysieren. Neben vielen anderen Aspekten gehört der soziale und ökonomische Graben, der die neuen Bundesländer von den alten trennt, zu dieser Wirklichkeit. Vor der Existenz von Differenzen auf dem Gebiet der Kultur, der Tradierungen, der Wertvorstellungen, die auch und wesentlich entlang einer Linie Ost-West beschrieben werden kann, die Augen zu verschließen, wäre für eine gute Analyse nicht hilfreich.

Diese (permanente) Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse ist aber nicht das Ende unseres politischen Weges, sondern der Anfang für deren Veränderung. Der Erfolg der vormaligen PDS und der jetzigen LINKEN in den neuen Bundesländern ist nur verstehbar, wenn begriffen wird, dass er aus konkreten gesellschaftlichen Problemlagen heraus erzielt wurde durch eine Politik, die sich darauf bezieht und versucht, glaubwürdige und kompetente Antworten zu geben. Dementsprechend ist die Erfolgsgeschichte „Ost“ durchaus für die gesamte Partei wichtig und kann Orientierung dafür geben, wie DIE LINKE dauerhaft in der bundesdeutschen Gesellschaft verankert werden kann. Dies kann, wie alles andere, aber nur gelingen, wenn gegenseitige Anerkennung und Beteiligung gewährleistet sind. Dafür darf dieses Thema nicht zu einem Kampffeld um Macht und Herrschaft verwandelt und missbraucht werden. Die gesellschaftliche Diskriminierung und Schlechterstellung von Menschen mit ostdeutschem Geburtsort und ostdeutscher Biographie darf genauso wenig Platz in der LINKEN haben, wie die Ignoranz oder Diffamierung der in den letzten zwei Jahrzehnten gewonnenen politischen Erfahrungen. Leider ist das nicht selbstverständlich. Der Rostocker und der Göttinger Parteitag haben die Schwierigkeiten unserer Partei klar gezeigt, die mit der Chiffre „Ost/West“ umschrieben, aber natürlich nicht umfänglich erklärt werden können. Insbesondere in Vorbereitung der vor uns stehenden Bundestagswahlen steht nun die Herausforderung vor uns, deutlich zu machen, dass wir weder eine „Ost-Partei“ sind, noch eine, in der wie an vielen anderen Orten, Ostdeutsche und ihre Ideen und Konzepte untergebuttert werden. Der immer noch weite Weg zu einer fairen Vereinigung der bundesdeutschen Gesellschaft widerspiegelt sich auch in unserer Partei, die selbstverständlich Teil dieser Gesellschaft ist. Verliert DIE LINKE ihre stabilste Säule, die bisher noch im Osten steht, wird sie es sehr schwer haben, mehr als eine von vielen kleinen linken Gruppen im ganzen Land zu sein. Die Gefahr besteht. Deshalb lassen sich die daraus folgenden Aufgaben nicht vertagen.

---

<sup>i</sup> So argumentiert die „Emanzipatorische Linke“ in ihrer Auswertung des Göttinger Parteitages

<sup>ii</sup> u.a. Pfeiffer, Christian; Anleitung zum Haß; Der Spiegel 12/1999

<sup>iii</sup> u.a. Gesellschaft für deutsche Sprache, Wort des Jahres 1991  
<http://www.gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/>

---

<sup>iv</sup> „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ Marx, Karl; Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.

<sup>v</sup> siehe auch: Ostwestliche Wahlprobleme; <http://lafontaines-linke.de/2010/05/vorstand-wahlen-osten-westen-probleme-rostock-parteitag/>

<sup>vi</sup> siehe u.a. Bihl, Alain; Pfefferkorn, Roland: Ohne Gleichheit keine Chance; in: Le monde diplomatique (15.9.2000)

<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2000/09/15/.mondeText.artikel,a0021.idx,3>

<sup>vii</sup> u.a. Seidel, Helmut; Praxis und marxistische Philosophie; Deutsche Zeitschrift für Philosophie 12/1967, S. 1470 – 1485. Zu Seidels Werk und Denken ist informativ und verdichtet nachzulesen an folgender Stelle: Caysa, Volker; Über die Transformation des Geistes der Leipziger Bloch-Zeit in der praxisphilosophischen Debatte um und vor 1968 in der DDR; in: DIE LINKE – Erbe und Tradition, Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln; Hrsg. Klaus Kinner; Berlin, 2010

<sup>viii</sup> „Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewusstseins ist zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheinen hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens. Von der geistigen Position, wie sie in der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw. eines Volkes sich darstellt, gilt dasselbe. Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp, aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte (...) Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als bewusste Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“ (Karl Marx und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie – Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten, Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, 1845-1846.)

<sup>ix</sup> <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Nav.html>

<sup>x</sup> [http://www.boeckler.de/28607\\_38010.htm](http://www.boeckler.de/28607_38010.htm)

<sup>xi</sup> Informationsdienst Soziale Indikatoren 43/2010

<sup>xii</sup> ebenda

<sup>xiii</sup> Quelle: Datenreport 2008, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt

<sup>xiv</sup> Bei Interesse kann unter anderem in den hier angegebenen Quellen nachgelesen werden, dass beispielsweise zwischen Niedersachsen und Bayern oder Thüringen und Brandenburg Differenzen bestehen. Allerdings haben diese bei weitem nicht die Dimension des Ost-West-Vergleichs. Auch der „Inselvergleich“ einzelner Regionen kann diesen Eindruck nicht relativieren.

<sup>xv</sup> Informationsdienst Soziale Indikatoren 43/2010

<sup>xvi</sup> vgl. Prof. Dr. Claus Schnabel; Organisationsgrade der Tarifparteien und Tarifbindung in Deutschland und im internationalen Vergleich; Vortrag beim Werkstattgespräch des SOFI zur Sozioökonomischen Berichterstattung in Göttingen am 25. März 2010

<sup>xvii</sup> vgl. unter anderem: <http://www.berlin-institut.org/?id=728> ,  
[http://aktuell.nationalatlas.de/West-Ost-Wanderung.8\\_08-2009.0.html](http://aktuell.nationalatlas.de/West-Ost-Wanderung.8_08-2009.0.html)

<sup>xviii</sup> Quelle auch für die folgenden Zahlen: Datenreport 2008, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt

<sup>xix</sup> Erich Honecker, 9. Tagung des ZK der SED, 28./29. Mai 1973

<sup>xx</sup> verschiedene der in diesem Text aufgeführten Quellen widmen sich ausführlich auch diesen Daten

- 
- <sup>xxi</sup> „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geben.“ Aus: Kaiser Wilhelm II., Thronrede, 14.8.1914
- <sup>xxii</sup> Robert Hettlage; „Identitätsmanagement“ in: WeltTrends Nr. 15, Sommer 1997
- <sup>xxiii</sup> vgl. Dietrich Mühlberg; „Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen“ in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1999, S. 4/5.
- <sup>xxiv</sup> Raj Kollmorgen, „Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation?“ in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 4/2009, S. 94
- <sup>xxv</sup> <http://www.zeit.de/2012/32/jugend-ost-west>
- <sup>xxvi</sup> Fernsehsendung „Monitor“, Sendung 30.9.2010; „Elite made in Westdeutschland - Warum Ostdeutsche draußen bleiben“
- <sup>xxvii</sup> <http://www.zeit.de/2012/09/Ostdeutsche>
- <sup>xxviii</sup> z.B.: PDS fast von der Bildfläche verschwunden; Handelsblatt, 20.12.2002
- <sup>xxix</sup> z.B.: Franz Müntefering: „Die Bundesrepublik braucht keine Partei wie die PDS.“ In: taz, 04./05.03.2002
- <sup>xxx</sup> <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/index.htm>